

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Röllischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Bergungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Entwicklung der Technik zielt dahin, bei der Warenherstellung die menschliche Arbeitskraft in immer steigendem Maße entbehrlich zu machen und an deren Stelle Maschinen zu setzen. Maschinen, die in kürzerer Zeit dasselbe Quantum Arbeit leisten, wie vordem mehrere tüchtige Arbeiter. Maschinen, die möglichst Baumstämme verzehren und fertige Türen und Fenster auspeilen. Haben wir doch in Deutschland schon einige Holzbearbeitungsmaschinen stehen, die mit drei Mann Bedienung pro Tag bis zu 1000 Meter Leimluge sägen und verleimen! Und in den anderen Branchen und Berufen ist die Entwicklung auch nicht stehen geblieben. So berichtet jüngst der zuständige Fabrikinspektor, daß in den Walz- und Hammerwerken des Dortmunder Bezirks infolge der Vervollkommnung der technischen Einrichtungen der Betriebe und durch Einführung mechanischer Transport- und Verladevorrichtungen bei gesteigerter Leistung der Betriebe die Anzahl der Arbeiter um 11,3 Prozent zurückgegangen ist. Auf einem Hochofenwerke sind nach Inbetriebnahme einer Elektrohängebahn zur Beschickung von fünf Hochofen nur noch 16 Mann erforderlich, während früher 120 Erzfahrer und zehn Wiegemeister beschäftigt wurden.

Die Maschinen weben und waschen, sie sägen, sie bohren und sie hobeln das Holz und das Eisen, sie säen und ernten die Frucht, sie mischen und backen das Brot, und jeder Fortschritt auf dem Gebiete macht von neuem Arbeitskräfte entbehrlich. Statt aber, daß dieser Fortschritt allen Arbeitern zum Segen dient, wird er dem einzelnen zum Verhängnis. Statt allen Arbeitern den Arbeitstag zu verkürzen, weil nun nicht mehr zehn, sondern nur noch neun oder gar acht Stunden täglich zur Bewältigung des erforderlichen Arbeitsquantums nötig sind, stellt der Unternehmer wohl gar noch billigere ungelernete Arbeitskräfte an die Maschine oder er holt zu Hunderten anspruchlose Arbeitskräfte aus kulturell tiefer stehenden Gegenden heran. Der einheimische Arbeiter mit höheren Lebensansprüchen liegt erwerbslos auf der Straße. Die notwendige Einschränkung im Verbrauch drückt Endes wieder auf den Warenmarkt. Dazu kommt, daß die durch Schutz Zoll und Verbrauchssteuern künstlich gesteigerte Teuerung des notwendigsten Lebensunterhaltes immer weitere Kreise zur Erwerbstätigkeit zwingt. Ehefrauen, Hausfrauen und Töchter, die ehemals im Haushalt der Familie ihre Betätigung fanden, bewerben sich in steigendem Maße um die gewerblichen Arbeitsplätze.

Solange die Konjunktur im Aufsteigen ist, mag sie diesen ständigen Zuwachs eben noch auffangen, sobald aber einmal der Beschäftigungsgrad nachläßt, muß diese Entwicklung der Gesellschaft zum Verhängnis werden. Trotzdem der Beschäftigungsgrad in vielen Berufen noch keineswegs ungünstig ist und man von einer eigentlichen Wirtschaftskrise noch nicht reden kann, schwellen in diesem Sommer die Arbeitslosenziffern bereits ungeheuer an. Und dieser Zustand muß zu einer öffentlichen Katastrophe werden, wenn sich das Verhältnis nicht bald bessert, und wenn dann zum Winter das natürliche Ruhen mancher Arbeitszweige dazu kommt.

Man mag von der Beendigung der Balkanwirren eine Erleichterung des Geldmarktes und damit Belebung des Baumarcktes erhoffen, doch kann diese Besserung kaum so schnell eintreten, um alsbald zu wirken. Hier müssen Staat und Gesellschaft helfen, denn es ist das Volkswohl, das auf dem Spiele steht. Die Arbeiter selbst tun schon, was sie können, um die Arbeitslosigkeit einzuschränken oder doch ihren Folgen zu mildern. Sie nehmen den verkürzten Arbeitstag und damit verkürzten Verdienst auf sich, wenn sie damit den Entlassungen vorbeugen können. Sie zahlen an vielen Orten recht erhebliche Beiträge an ihre Gewerkschaften, um eine möglichst ausgiebige Unterstützung der Arbeitslosen zu ermöglichen. Die Gewerkschaften erweisen sich jetzt als die besten Stützen der Arbeiter, wo mancher arbeitslos wird, der jahrelang ohne Unterbrechung sein Tageswerk beging. Ihre Unterstützung bewahrt manchen vor dem Schlimmsten. Sie verhindern zum anderen, daß unter dem Druck des Überangebots der Lohn verschlechtert oder gar die Arbeitszeit verlängert wird. Ja, es gelingt ihnen sogar noch, hier und da die regelmäßige Arbeitszeit herabzudrücken.

Freilich erschwert ihnen die Angst der Verhältnisse diese Arbeit. Daß aber die Mehrzahl der deutschen Unternehmer selber diesen Schritt beging, um dadurch einen Ausgleich zu schaffen und so die Masse konsumtionsfähig zu erhalten, das hieße von ihrer sozialpolitischen Einsicht zuviel verlangt. Weil ein Überangebot an Arbeitskräften vielleicht dem einzelnen Unternehmer billige Kräfte und damit er-

höhten Profit bringt, vergessen sie, wie unter dieser Misere die ganze Volkswirtschaft leidet. Von der Seite, an deren Spitze die Schwerindustrie marschiert, ist kein Einsehen zu erwarten. Hier muß die Allgemeinheit eingreifen, die Zeit ist längst reif für den gesetzlichen Maximalarbeitsstag für alle Arbeiter, der heute nicht mehr über neun Stunden zu betragen braucht. Finden dadurch mehr Arbeiter Beschäftigung, so bedeutet das: erhöhten Warenumsatz, höhere Kultur. Solange aber in dieser Hinsicht der Staat vollständig versagt, müssen die einzelnen Arbeiter durch Stärkung ihrer Gewerkschaften dem Ziele zuarbeiten.

Der Staat ist aber nicht nur Gesetzgeber, er ist zugleich der größte Arbeitgeber, und er kann hier vorbildlich wirken und auch mildernd auf die Arbeitslosigkeit. Vorbildlich, indem er selbst beste Arbeitsbedingungen und kürzeste Arbeitszeit bietet, mildernd, indem er geplante Arbeiten mit möglichster Beschleunigung in Angriff nimmt. Aber es genügt nicht allein, Arbeiten zu schaffen, sondern deren Bedingungen müssen auch so sein, daß der einzelne Arbeiter dabei sein Auskommen findet. Hier ist es, wo am meisten gesündigt wird. Derselbe Staat, der von den Arbeitern Steuern fordert, der ein immenses Interesse an einer gesunden wohlgenährten Bevölkerung haben muß, vergibt seine eigenen riesigen Aufträge vielfach an Unternehmer oder Industrielle, von denen er weiß, daß sie nur anspruchlose Ausländer oder sonst niedrig entlohnte Arbeitskräfte beschäftigen. Staat und Gemeinden müssen aber bei ihren Vergabungen immer fordern, daß der Unternehmer mindestens die branchenüblichen Arbeitsbedingungen gewährt oder, wo in einem Berufe Tarifverträge bestehen, diese mindestens respektiert. Bedingung muß auch sein, daß in erster Linie einheimische Arbeiter beschäftigt werden. Staat und Gemeinden müssen also allgemein in ihre Submissionsbedingungen die sogenannte Tarifvertragsklausel aufnehmen, die einige süddeutsche Staaten und mehrere Städte heute schon haben. Sie werden damit vielleicht zunächst bei einigen tarifgegnerischen Scharfmachern auf Widerstand stoßen, das ganze Gewerbe aber kann dadurch nur gewinnen. Schreibt so der Auftraggeber allen Bewerbern um eine Arbeit gleichmäßig die unterste Lohngrenze — eben den Tariflohn — vor, so scheidet damit schon ein Faktor zu der ungesunden Unterbietung der Submissionspreise aus.

Weiter aber können Staat und Gemeinden der Arbeitslosigkeit in etwas begegnen, durch die Vorgabe sogenannter Notstandsarbeiten, wobei aber wiederum die Einhaltung der üblichen Löhne Voraussetzung des Erfolges ist.

Es darf aber nicht bei diesen Mitteln allein sein Bewenden haben, auch Notstandsarbeiten können nicht alle Arbeitslosen aufnehmen, vor allem nicht die qualifizierten Handwerker, und auch die regelmäßigen öffentlichen Aufträge können nicht die Arbeitslosigkeit ganz verhindern. Die Gesellschaft hat aber ein Interesse daran, daß ihre Arbeitslosen nicht dem Elend verfallen, und sie muß darum den Weg beschreiten, den ihr die Gewerkschaften schon seit langem als gangbar bewiesen haben: den Weg der direkten Unterstützung der Arbeitslosen. Wohl sind bereits einige deutsche Städte vorbildlich auf diesem Gebiete vorgegangen. Straßburg und Mühlhausen im Elsaß, Freiburg in Baden, Erlangen, Schöneberg bei Berlin, Mannheim, Stuttgart und Schwab.-Gmünd gewähren den Gewerkschaften Zuschüsse zu ihrer Arbeitslosenunterstützung nach dem Center System. Köln und Kaiserslautern haben eine Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit mit städtischem Zuschuß. Klingingen in Württemberg hat im Juli die Unterstützung nach Stuttgarter Art beschlossen. München hat im letzten Frühjahr eine außerordentliche Barunterstützung gewährt. Aber alles das sind einzelne Versuche geblieben. Noch hat sich kein einziger deutscher Bundesstaat an die Regelung dieser wichtigen Frage herangemacht. In Bayern hat zwar die Regierung schon vor Jahren den Gemeinden die Regelung der Arbeitslosenfürsorge zugeschoben, doch diese erklärten sie wiederum als eine Staatsaufgabe und es geschah — nichts.

Jetzt endlich scheint auch in Bayern die Frage in Fluß zu kommen. Die in München und Nürnberg besonders stark auftretende Arbeitslosigkeit ließ die Münchener Gemeindebehörde und nachträglich auch eine Abordnung der Gewerkschaften bei den Ministerien vorstellig werden, um die Not der Arbeitslosen zu schildern und Maßnahmen zu deren Vinderung zu fordern. Das hat nun endlich die Frage der Arbeitslosenunterstützung, deren Einführung bisher am Widerstande des Zentrums scheiterte, etwas vorwärts gebracht. Wenigstens läßt sich das aus dem recht beachtenswerten Handschreiben folgern, das der Prinzregent

Ludwig wenige Tage darauf — unterm 27. Juli — an den Minister des Innern, v. Soden, richtete. Dieses lautet:

„Mit lebhaftem Bedauern habe ich Ihrem Bericht entnommen, daß die mir von verschiedenen Seiten zugegangenen Mitteilungen über die herrschende Arbeitslosigkeit leider zutreffend sind. Ich habe aus dem Bericht aber auch mit Befriedigung ersehen, daß bereits Anordnungen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit getroffen sind, und daß sonstige Maßnahmen, darunter die vielerörterte Frage der Arbeitslosenversicherung, in den Kreis der Erwägungen gezogen wurden. Durchdrungen von der Wichtigkeit der Sache und von dem Wunsche nach tunlichster Abhilfe beauftrage ich Sie, der Arbeitslosenfürsorge auch ferner volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, alle geeigneten Maßnahmen im Benehmen mit den übrigen beteiligten Staatsministerien einzuleiten und mir von Zeit zu Zeit weiteren Bericht zu erstatten.“

Satzförmig verlautet denn auch schon jetzt, daß die bayerische Regierung das Problem der Arbeitslosenversicherung in der Weise zu lösen versuchen wolle, daß zwischen Städten der einzelnen Regierungsbezirke eine Vereinbarung herbeigeführt wird und die einzelnen Kreisregierungen die Städte finanziell unterstützen.

Nun ist aber die Arbeitslosigkeit nicht auf Bayern beschränkt, in Groß-Berlin ist sie bereits erschreckend, selbst der wenig industrielle Osten leidet schon seit langem darunter. Das hat nun die „Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ veranlaßt, an die größeren Bundesstaaten und Gemeinden folgendes Schreiben zu richten:

„Der Arbeitsmarkt steht zurzeit unter dem Zeichen einer schweren Depression; die Lage ist bei weitem ungünstiger als in den Vorjahren, so daß nach Einstellung der Bauarbeiten im kommenden Winter eine Arbeitslosigkeit zu erwarten ist, wie sie an Umfang und Schärfe seit langen Jahren nicht vorhanden war. Bei den unerwünschten Folgeerscheinungen, die ein solcher Mangel zeitigt, glauben wir, die Aufmerksamkeit schon jetzt auf diese bedenkliche Entwicklung des Arbeitsmarktes lenken zu sollen. Bei früheren Krisen hat sich vielfach gezeigt, daß die Notstandsaktionen nach Vorberatungen, die längere Zeit in Anspruch nahmen, erst eingeleitet wurden, nachdem die Depression ihren Höhepunkt erreicht hatte. Es empfiehlt sich daher, rechtzeitig die erforderlichen Schritte einzuleiten, damit gegebenenfalls genügend Arbeiten zur Milderung der Beschäftigungslosigkeit zur Verfügung stehen.“

Wir bitten daher, eine möglichst große Zahl geeigneter Arbeiten und Aufträge schon jetzt für den kommenden Winter bereitzustellen, damit der bevorstehenden Arbeitslosigkeit in hinreichendem Umfange rechtzeitig begegnet werden kann.“

Der Schritt ist zweifellos zu begrüßen und die Arbeiter werden dies Streben nach Kräften unterstützen, aber daneben darf die Frage der staatlichen Arbeitslosenunterstützung nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Solange der Staat nicht eingreift, gilt es, die Gemeinden vorwärts zu drängen. Bedingung muß dabei überall sein, daß ein Verlust staatsbürgerlicher Rechte, wie bei der Armenunterstützung, mit solchen Maßnahmen nicht verbunden ist.

Man darf sich dabei auch nicht von den Unkenrufen der Scharfmacherblätter abschrecken lassen, die schon wieder die volle Kompostschüssel überlaufen sehen. So jammert jetzt schon die „Post“, deren Hintermänner den größten Profit von den fetten Jahren gehabt haben, über „zuweitgehende Fürsorge der Arbeiterschaft auf Kosten des Unternehmertums“, und über ein „Uebermaß unserer Sozialpolitik“. Diese Leute, die es sehr gut verstehen, aus den Schließeln des Staates zu lösseln, jammern, wenn derselbe Staat nur das Geringste für die Opfer unserer Wirtschaftsordnung aufwendet. Im Interesse der Allgemeinheit aber liegt es, zu verhindern, daß weite Kreise der Arbeiterschaft einfach als Konsumenten ausgehaktet und dem Elend preisgegeben werden. Nur das Staatswesen ist gesund, in dem kein Glied Not leidet.

Die Seele des Arbeiters.

II.

Der moderne Arbeiter begnügt sich bekanntlich nicht damit, ein menschenwürdiges Dasein zu fordern, sondern er erhebt auch Anspruch auf diejenige soziale Wertschätzung, die ihm seiner Meinung nach zukommt. Er hat ein stark ausgeprägtes Selbstbewußtsein, weil er weiß, daß er ein nützliches, unentbehrliches Glied der Gesellschaft ist, und er ist stolz darauf, daß ohne seine tatkräftige Mitwirkung die Weltmaschinerie ins Stocken geraten würde. Er will den Satz, daß die Arbeit eine Ehre ist für den Menschen, über sich selbst erheben. Allen Beteuerungen zum Trotz, die von dem gleichen

den Rang einer bloßen Redensart herausheben und zu einer Wahrheit machen. Darum spricht er mit Schiller: „Chret den König seine Würde, ehret uns der Hände Fleisch!“ Und das Wort des Oberst Buttler: „So hoch gestellt ist keiner auf der Erde, daß ich mich selber neben ihm verachte!“ Ist ihm aus der Seele gesprochen. Der in der Organisation geschulte Proletarier hat eine hohe Vorstellung von seiner Bedeutung in der Gegenwart, er fühlt sich überdies noch als Träger einer neuen, höheren Kultur und als Vollstrecker des Entwicklungsgebantens und als Schöpfer einer zukünftigen Gesellschaft, die auf den Prinzipien der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Sozialmoral beruhen soll. Er ist, seiner festen Ueberzeugung nach, der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut wird.

Dies hochentwickelte proletarische Selbstbewußtsein — eine der stärksten Triebkräfte im Emanzipationstampe — unterseht den modernen Arbeiter von seinem Vorfahr, der demütigt die Hand seines Herrn küßte und in seinem Arbeitgeber den ihm von Gott gesegneten Brotvater erblickte. Der selbstbewußte Arbeiter pocht auf seine Würde als Mensch, und ungebeugten Nackens tritt er vor seinen Arbeitgeber hin mit den stolzen Worten: „Du hast einen großen Werdach und ich habe einen kleinen Werdach, aber als Mensch bin ich dasselbe, was du bist!“ Aber die heutige Gesellschaft kann sich an diese veränderte soziale Stellung des Arbeiters noch immer nicht gewöhnen, sie träumt noch immer von den früheren patriarchalischen Verhältnissen und will nichts davon wissen, daß wir im zwanzigsten Jahrhundert leben, das den Spruch: „Alle Menschen, gleichgebornen, sind ein adliges Geschlecht!“ auf seine Fahne geschrieben hat. Die sogenannte gute Gesellschaft behandelt den Mann im Arbeitsmittel noch immer als ein minderwertiges Element, als Menschen zweiter Klasse. Sie schließt sich gegen ihn ab und verachtet ihn, schon die Kinder der Ober- und Mittelschichten dünken sich etwas besseres als die Arbeiterkinder, mit denen sie nicht einmal auf derselben Schulbank sitzen wollen. Diese Zurücksetzung in gesellschaftlicher Beziehung, diese Verachtung des Arbeiterstandes seitens der „nach Bildung und Besitz maßgebenden Kreise“, schafft immer neue Erbitterung im Proletariat. Im Gegensatz zu früher haben die heutigen Arbeiter ein feines Gefühl für ihre soziale Wertung, sie empfinden die ungleiche Behandlung, die man ihnen angedeihen läßt, mindestens ebenso unangenehm wie die wirtschaftlich schlechte Lage. Schon der Schneidergeselle Wilhelm Weitling, der erste bedeutende Agitator proletarischer Herkunft, gab im Jahr 1842 in seiner Zeitschrift „Die junge Generation“ dieser Empfindung Ausdruck: „Wir, das Volk in Blusen, Jacken, Kitteln und Kappen, wir sind die zahlreichsten, nützlichsten und kräftigsten Menschen auf Gottes weiter Erde“, und seit dieser Zeit ist das Selbstbewußtsein der Arbeiter unter dem Einfluß der Organisation noch formwährender gewachsen. Es wird also den gesellschaftlich höherstehenden Kreisen nichts anderes übrig bleiben, als auf diese Stimmung des Proletariats mehr als bisher Rücksicht zu nehmen. Und auch die Behörden haben alle Ursache, von der bisherigen Methode, mit Arbeitern zu verkehren, abzugehen und sich neue Umgangsformen anzueignen. Denn bedacht, daß man Leute im Arbeitsmittel aufzunutzt und gutgekleidete Tagediebe höflich behandelt, kann man die Seele des Arbeiters nicht gewinnen.

Auch auf geistigem Gebiete wird der Arbeiter gegenüber den anderen Bevölkerungsschichten zurückgesetzt. Trotz aller Prahlerei mit unserer Volksschulbildung werden doch noch weite Schichten der heranwachsenden Arbeiterjugend in geistiger Rückständigkeit erhalten, der Tiefstand unserer

Vollschulen in manchen Gegenden schreit zum Himmel, was nicht zu verwundern ist, wenn man die Ausgaben des Staates für Volksschulen mit denen für die höheren Schulen vergleicht. Wir sind noch sehr weit davon entfernt, ein Kulturvolk zu sein, denn noch heute gilt das Wort Lassalles, daß die großen Männer des Volkes über die Häupter der Arbeitermassen dahingezogen sind wie die Kraniche, von denen man in der Ferne nur einen winzigen Punkt erblickt. Wenn wir die Arbeiterorganisationen mit ihren Bildungseinrichtungen und künstlerischen Veranstaltungen nicht hätten, so lähe es in kultureller Hinsicht noch viel trauriger aus. Zum Glück regt sich in den Massen ein unheimbares Sehnen nach Licht und Wahrheit, nach Kunst und Kultur, das aber nur spärlich Befriedigung findet. Und was soll man dazu sagen, daß die Behörden, anstatt dieses ideale Streben zu unterstützen, den Bildungs- und Kunstbestrebungen noch obendrein Schwierigkeiten machen? Es ist geradezu ein Verbrechen, ja es ist mehr als das, es ist eine Dummheit, daß zahlreiche Behörden die Aufklärungs- und Erziehungsarbeit der Gewerkschaften zu unterbinden suchen, daß sie das wissenschaftliche Streben in Arbeiterkreisen erschweren, daß sie selbst Arbeitergesangsvereine das Leben sauer machen. Hier liehen sich Beispiele anführen, bei denen man sich fragen muß, ob man sich über das behördliche Vorgehen ärgern oder ob man darüber lachen soll. Staat und Gesellschaft sollten sich freuen, daß die Arbeitermassen zum Licht emporstreben, daß sie Anteil haben wollen an den geistigen Gütern unserer Zeit, daß sie die soziale Frage zu einer Kulturfrage erweitern wollen. Sie sollten diese Regungen der Arbeiterseele fördern, aber nicht unterdrücken.

Sehr deutlich tritt auch die Benachteiligung der Arbeiter in rechtlicher Beziehung hervor, und wir sagen wohl nicht zu viel, wenn wir behaupten, daß der Arbeiter ein Staatsbürger zweiter Klasse, ein Mensch minderen Rechts ist für alle Staatsbürger reden, bleiben wir bei dieser Behauptung. Da ist zunächst das schlimme Kapitel von der Klassenjustiz, das uns erzählt von der Rechtspflege und der Rechtsprechung im Interesse der herrschenden und zum Nachteil der beschlossenen Klasse. Überall wo es sich um Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern handelt, stellen sich die Gerichte fast ausnahmslos auf die Seite des ersteren. Wir erinnern nur an die zahllosen Streitprozesse mit ihren haarsträubenden Urteilen, an den Schut, den die Arbeitswilligen vor den Gerichten genießen, und an die Voreingenommenheit, um nicht zu sagen Gehässigkeit, die Richter und Staatsanwälte an den Tag legen, wenn es sich um organisierte Arbeiter handelt, die um ihre wirtschaftliche Besserstellung kämpfen. Trotzdem bei uns theoretisch das Streikrecht und das Recht Streikposten zu stehen, gewährleistet ist, sehen die allermeisten Gerichte doch in jedem Streikenden von vornherein einen Verbrecher und in dem Streikpostenstehen ein strafwürdiges Verbrechen. Dagegen werden die Streikbrecher, diese elenden Gefellen, als liebe Kinder betrachtet, denen kein Haar gekrümmt werden darf. Wie die Klassenjustiz auf die Arbeiter wirkt und notwendig wirken muß, können sich die Herren am Regierungstische, die um die Arbeiterseele werben, selbst ausmalen. Auch die Verwaltungsbehörden lassen in ihren Maßnahmen den Grundgedanke der Gleichberechtigung nur allzu häufig vermissen. Nicht nur die gewöhnlichen Polizisten, die auf organisierte Arbeiter förmlich dreßiert sind, sondern auch die höheren Beamten sind von Vorurteilen gegen die Arbeiter und die Arbeiterorganisationen erfüllt. Deshalb führen sie einen ununterbrochenen Kleinkrieg gegen alles, was auch nur von weitem nach sozialdemokratischer Arbeiterbewegung riecht. Ob es sich um Arbeiterturnvereine, Arbeiterradfahrer-

vereine, Arbeitergesangsvereine oder sonstige harmlose Dinge handelt, die Behörden meinen nun einmal, es sei ihre Pflicht, diese Vereine in der kleinlichsten Weise zu schikanieren. Auch die proletarischen Jugendorganisationen wissen von der Gleichberechtigung ein Lied zu singen. Ueberhaupt gehen die Behörden von der falschen Voraussetzung aus, die Arbeiterorganisationen hätten weniger Recht als andere Organisationen. Was bürgerlichen Vereinen ohne weiteres erlaubt wird: Unzulge, Festveranstaltungen usw., das wird den Arbeitervereinen rundweg verboten. Aber was sollen wir über das unerhörliche Thema von dem ungleichen Recht und der ungleichen Behandlung noch viele Worte verlieren, jeder Arbeiter, der mit offenen Augen ins Leben blickt, weiß Bescheid.

So kommen wir denn zum Schluß und sagen: Wollen Staat und Gesellschaft die verlorene Seele des Arbeiters wiedergewinnen, so müssen sie sich in ihrem praktischen Verhalten auf den Standpunkt stellen, daß der Arbeiter ein gleichwertiger Mensch und ein gleichberechtigter Staatsbürger ist, daß er einen Rechtsanspruch hat auf ein menschenwürdiges Dasein und eine menschenwürdige Behandlung, auf Bildung und Kultur, auf Freiheit und Selbstbestimmung. Nur wenn dies die Richtschnur unseres öffentlichen und privaten Lebens ist, werden wir vielleicht das erreichen, was der Minister als das Ziel unserer Sozialpolitik hingestellt hat.

Die Arbeiterschaft im Volksganzen.

Die wirtschaftliche Entwicklung treibt mit Notwendigkeit dahin, den Anteil der Lohnarbeiterschaft am Volksganzen dauernd zu erhöhen. Die kleinen selbständigen Existenzen scheiden mehr und mehr aus und an ihre Stelle tritt der Lohnarbeiter und der Angestellte, die nun zwar in ihrer Mehrheit keine Aussicht mehr haben, durch den Erwerb der Selbständigkeit ihrer und ihrer Familien Lebenshaltung zu sichern, die aber darum um so mehr interessiert sind, ihre soziale Stellung als Arbeiter zu heben. Es ist dies jene Entwicklung, die allen entgegenstehenden Gewalten zum Trotz zu einer Stärkung der modernen Arbeiterbewegung und zu einer dauernden Vermehrung des wirtschaftlichen wie des politischen Einflusses der Arbeiterklasse führen muß, und um so schneller führen wird, je geschlossener diese aufstrebende Klasse ihre Interessen gegen die Vorrechte wirtschaftlich unbedeutender aber herrschender Klassen vertritt.

Den besten Maßstab für die Beurteilung dieser Entwicklung in Deutschland geben die Berufsstatistiken des Deutschen Reiches. Von der letzten Aufnahme vom 12. Juni 1907 sind die Ergebnisse in zehn umfangreichen Bänden veröffentlicht worden, von denen jetzt der letzte vorliegt, der eine Zusammenfassung verschiedener Ergebnisse darstellt. In dem Vierteljahrhundert, das zwischen der Erhebung von 1882 und der jetzigen liegt, hat sich nun die Zahl der Lohnarbeiter und -arbeiterinnen von 10 705 324 auf 17 836 121, also um drei Viertel vermehrt, die der Angestellten von 307 268 auf 1 290 728 erhöht, also vervierfacht, während die der Selbständigen nur von 5 190 687 auf 5 490 288 wuchs, also fast stehen blieb. Die Zahl der Lohnarbeiterinnen hat sich in diesem Zeitraum sogar verdoppelt. Die deutsche Bevölkerung aber ist von 1882 auf 1907 nur um weniger als die Hälfte gewachsen, nämlich von 45 auf 61,7 Millionen Seelen. Von je 100 männlichen Erwerbstätigen waren 1882 je 66 Arbeiter oder Angestellte, 1907 dagegen je 74, während dementsprechend der Anteil der Selbständigen in dieser Zeit von 34 auf 26 sank.

Rohrarbeit in der Korbmacherei.

p. h. Die „Rohrarbeiter“ sind Korbmacher, Spezialisten der Korbflechterei, welche aus sogenannten spanischen Rohrkörbe zu den aller verschiedenartigsten Wirtschafts- und Industriezwecken herstellen. Die Rohrarbeit ist die schwerste, die Anstrengung und Mühsal des Arbeiters in besonders hohem Maße anstrengende Beschäftigung in der Korbmacherei. Während in jeder anderen Branche der Korbindustrie mehr oder weniger körperlich schwächliche veranlagte Personen ihre Erziehung finden, sehen wir in der Rohrabrache fast ausnahmslos Kollegen, welche über besondere Körperkräfte verfügen, denn nur solche Kollegen sind dieser strapazierbaren Arbeit gewachsen. Wer den Rohrarbeiter erkennen will, braucht sich nur dessen Hände zu betrachten, die stets wie geschwollen, dick und groß erscheinen. Durch die besondere Härte des Materials erhalten die Finger in kurzer Zeit eine hornartige Festigkeit, und wer dem Rohrarbeiter die Hand zum Grunde reißt, der wird wie von der gepanzerten Faust umhauen und derb gedrückt.

Auch dieser Zweig der Korbmacherei ist wie alle anderen lediglich Handarbeit. In allerneuester Zeit wird eine Korbflechtmachine zur Herstellung von Rohrkörben empfohlen, die aber bis jetzt nur einen runden Korbring herstellen ohne Boden und Fußboden, und daher vorläufig praktisch noch nicht in Frage kommt. Vielleicht ist es möglich, mit der Zeit diese Maschine soweit zu verbessern, daß dieselbe als Konkurrenz für die in Erzeugung weiten kann, vorläufig haben die Kollegen der Rohrabrache keinerlei Befürchtung nötig.

Das Material des Rohrarbeiters besteht aus Rohr von 4—15 Millimeter Durchmesser. Dieses Rohr wird häufig „spanisches“ genannt, es kommt aus Ostindien von der sogenannten Schiffbauinsel, wird in großen Rollen nach Europa gebracht, in den großen Korbflechterei enthalten und gewaschen und kann dann, nach Stärken sortiert, in den Handel kommen.

Was in der Hauptsache am besten aussieht und am geschmacklichsten ist, wird als prima Qualität zu Verzierungsarbeiten oder Ornamenten verwendet. Das dem nächsten Material nach auch das Beste ist genannt, das aus der ächteren gelben Schale besteht, die durch Haischman abge-

hobelt wird, während der Kern als sogenanntes Peddigrohr in Stärken von 1—25 Millimeter in den Handel gelangt. Aus diesem Peddigrohr werden dann die heute allgemein bekannten Rohrmöbel angefertigt. Das gelbe Rohrdrohr zweiter und dritter Qualität ist das in der Farbe geringere und zumeist auch härtere Rohr, welches der Rohrarbeiter zur Verarbeitung erhält. Aus diesem werden nun Körbe zu allen erdenklichen Zwecken hergestellt. Da sind die allgemein bekannten Kohlenketten mit Banden und Draht-einlage, dann Weinflaschenkörbe für 6 bis 48 Flaschen, Brotkörbe, Eistörbe, Fischkörbe, Koks-, Leide-, Leichkörbe, Papier-, Post- und Koffeekörbe, Schiffs- und Schiffsbunkerkörbe, Siphon-, Schutt- und Labaldampfkörbe. Alles Körbe zum Transport für Industrie- und Handelsartikel. Hierher gehören noch die auf jedem größeren Bahnhofe bemerkbaren gelben Postpaketförderungsstarren, die ebenfalls schwere Rohrarbeit darstellen. Ferner sei der Rohrttransportkörbe der Warenhäuser, großer Spezialgeschäfte, der Wasch- anstalten und Konsumgenossenschaften gedacht. Unter die Rubrik Rohrarbeit gehören auch die Geschloßkörbe, ehemals eine lohnende Arbeit für Unternehmer sowie Arbeiter, heute aber ein Schmerzenskind für unsere organisierten Kollegen.

Schließlich seien noch zwei Arten von Rohrarbeiten genannt, die erst in neuerer Zeit entstanden sind. Der Luftschiffbau hat auch die Korbindustrie gebraucht, da bei ihm die Leichtigkeit und Elastizität des Materials eine bedeutende Rolle spielen. Die Gondeln der großen Ballons sind aus Rohr gefertigt. Viereckige Körbe von 3 Meter Länge, 3 Meter Breite und 1,50 Meter Höhe dienen zur Aufnahme von meteorologischen und anderen Instrumenten sowie der den Ballon bedienenden Mannschaft. Diese Körbe werden nach genauer Verschrift und mit denkbar größter Sorgfalt aus bestem Material hergestellt, da hierbei eine große Verantwortung zu übernehmen ist.

Auch von der Schiffbauindustrie wird die Rohrabrache mit Aufträgen bedacht. Nicht nur die Deck- und Schiffsraumräume der großen Ozeandampfer sind mit den bequemsten Rohrseilen und Liegestühlen versehen,

sondern auch zum Transport der verschiedensten Bedarfsartikel auf den Schiffen selbst sind die mannigfachen Körbe aus Rohr in Gebrauch und bewähren sich sehr gut, infolge ihrer äußersten Haltbarkeit sowie des verhältnismäßig geringen Gewichts.

Ein für jedes Schiff unentbehrlicher Gegenstand wird seit jüngster Zeit in ständig steigender Zahl von Rohr angefertigt: der sogenannte „Fender“. Unter Schiffsfender versteht man das bisher aus Laun oder Striden geflochtene Polstertissen, das in runder oder länglicher Form gehalten, an die Schiffswand gebracht wird, um diese vor starkem Anprall zu schützen. Vom kleinen Flußkahn bis zum größten Ozeandampfer sehen wir derartige Fender im Gebrauch. Der Hamburger Rohrwarenfirma Heitmann ist es gelungen, einen solchen Schiffsfender aus Rohr zu konstruieren, und ist diese Erfindung in verschiedenen europäischen Staaten und in Amerika patentiert. Die größten dieser Fender sind vor kurzem von obiger Firma an die Hamburg—Amerika Linie geliefert worden, und sind für den Viegeplatz des „Imperator“, des größten Ozeandampfers der Welt, bestimmt. Diese Fender haben eine Länge von 3½, einen Durchmesser von 3 und einen Umfang von 9½ Meter. Die Form ist der eines riesigen Bierfassens täuschend ähnlich. Da auch diese Arbeit ausschließlich Handarbeit ist, wird man es erklärlich finden, daß für einen Korbmacher ungefähr 13 Wochen dazu gehören, um dieses Stück Arbeit herzustellen. Diese Riesenspolster werden an den Anlegepontons und Pfahlgruppen, an denen dieser Schiffskoloss „verkauft“ oder befestigt wird, angebracht, um bei starkem Wind- und Wellenschlag eine Beschädigung des Schiffsrumpfes zu verhindern. Es hat sich durch angestellte Druckversuche ergeben, daß das Rohr und die eigenartige Geflechtsmethode geeignet sind, den Rohrfendern in bezug auf Haltbarkeit und Druckfestigkeit den Vorzug zu geben.

Mit Ausnahme der zuletzt geschilderten Arbeit, welche ausschließlich in Hamburg angefertigt wird, ist die Rohrabrache in verschiedenen Orten Deutschlands vertreten, und die darin beschäftigten Kollegen zählen zum Teil mit zu den besten entlohnten in der Korbindustrie.

auch zu dem Ausstand Stellung genommen, aber ihre Entscheidung bis nach der Beschlussfassung des außerordentlichen Metallarbeiter-Verbandstages zurückgestellt.

Die außerordentliche Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes tagte am 8. und 9. August in Berlin in Gegenwart von 144 Delegierten. Die Lohnbewegung auf den Schiffswerften bildete den einzigen Tagesordnungspunkt.

Am zweiten Tage verhandelte die Generalversammlung in geschlossener Sitzung, wobei der Vorstand zunächst einen Bericht über den Stand der Streikbewegung gab.

Eine von den Hamburgern und Delegierten aus den verschiedenen Teilen des Reiches zugunsten der Werkstatteingebraute Resolution erkennt an, daß die Arbeitsniederlegungen gegen das Statut verstößen und der Vorstand nach dem Wortlaut des Statuts im Recht war.

In namentlicher Abstimmung wurde diese Resolution mit 76 gegen 67 Stimmen abgelehnt und die folgende mit 126 gegen 18 Stimmen angenommen:

Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erklärt nach den Ausführungen des Vorstandes und der Kollegen aus den Werkstätten, in denen die Arbeit ohne Genehmigung des Vorstandes niedergelegt worden ist, daß dieses Vorgehen nicht im Einklang zu bringen sei mit den Grundsätzen gewerkschaftlicher Taktik und Disziplin.

Sie verurteilt das Vorgehen dieser Kollegen auf das entschiedenste, da es nicht geeignet erscheint, die Störfkraft des Verbandes gegenüber dem einigen, geschlossenen Vorgehen des Unternehmens in der Metallindustrie zu erhöhen.

Aus diesem Grunde ist die Generalversammlung der Meinung, daß der Vorstand nicht anders handeln konnte, wie er gehandelt hat, sogar so zu handeln verpflichtet war.

In richtiger Würdigung der ganzen Situation, in die der Verband durch das Vorgehen der Hamburger Kollegen gebracht worden ist, verlangt die Generalversammlung von den Werkstatteingebrauten, den Kampf zu beenden.

Der Vorstand wird beauftragt, nach Aufnahme der Arbeit erneute Verhandlungen nachzusuchen und den Beteiligten vom Tage des Beginnes des Streiks bis zur Wiederaufnahme der Arbeit Streikunterstützung zu zahlen sowie auch diejenigen Kollegen zu unterstützen, die nicht sofort wieder eingestellt werden.

Für die Hamburger gab ein Delegierter die Erklärung ab, daß sie versuchen würden, den Kollegen plausibel zu machen, daß sie sich den Beschlüssen fügen müssen. Wenn ihnen dies nicht gelänge, müßten sie die Verantwortung ablehnen, worauf der Vorsitzende des Verbandstages erklärte, daß es wohl selbstverständlich sei, daß alle Delegierten für den Beschluß eintreten.

Der Metallarbeiter-Verband will nun sofort dazutreten, die Beschlüsse der Generalversammlung durchzuführen.

In Cham hat jetzt das Bezirksamt versucht, im Streit der Säger und Spulenarbeiter Verhandlungen einzubringen, doch sind dessen Bemühungen am Widerstande der Unternehmer gescheitert.

In Czestau dauert der Streit bei der Holzindustrie S. Schütt Alt.-Gew. unverändert fort. Von den in der Küchenmöbelabteilung beschäftigten acht Tischlern haben sich in der letzten Woche sieben dem Streik angeschlossen.

In Berlin sind bekanntlich die Parkettleger mehrfach mit dem Vertreter der Parkettfabrik Heger in Weimar in Verhandlungen getreten, weil bei deren Arbeiten im Wertheim-Bau der Berliner Tarif nicht eingehalten wird.

In bezug auf die „Holzarbeiter-Zeitung“ Nr. 30 Seite 24: in bezug auf die Parkettfabrik Heger, deren Generalvertretung und Lieferung gemachter Mitteilungen widersprechen den Tatsachen.

Unsere Firma hat zum Neubau der Firma Wertheim circa 20 000 Quadratmeter Stabfußboden zu liefern, sondern circa 16 000-17 000 Quadratmeter. Wir haben die Verlegerarbeit an unsere Generalvertretung in Berlin vergeben und diese wieder an Parkettlegermeister Klepisch.

Weimar, den 7. August 1913.

Holla. Otto Heger, Holzpflege u. Holzbearb. Alt.-Gew. C. Heger.

Die Firma muß damit selbst zugeben, was wir letzten Jahres: den tarifwidrigen Lohn. Daß dabei einzelne Arbeiter jenen Wochenverdienst erzielen, will nicht viel sagen, wenn man die außerordentlich aufreibende Arbeit dieser Branche kennt und bedenkt, daß diese Leute oft nicht einmal das halbe Jahr Beschäftigung haben, da es sich um Saisonarbeit handelt.

In Emden kam nach längerer Verhandlungen ein neuer Vertrag mit dem Verein Emdener Baugewerksmeister zum Abschluß. Der Vertrag sieht eine Arbeitszeitverkürzung von 60 auf 57 Stunden am 1. Oktober 1915 vor.

In Leipzig dauert der Streit der Modellischer und Drechsler fort. Die Unternehmer haben sich im Laufe der sechs Wochen die größte Mühe gegeben, Streikbrecher heranzuziehen.

In Regdorf, zur Zahlstelle Eppendorf in Sachsen gehörig, ist mit der Vereins-Parkettfabrik für deren etwa 18 Parkettleger ein dreijähriger Tarifvertrag abgeschlossen worden. Die Fabrik beschäftigt außerdem mit der Herstellung des Parkettholzes gegenwärtig etwa 50, bei stottem Geschäftsgange aber bis zu 100 Maschinenarbeiter und einige Tischler, doch ist das Gros dieser leider immer noch unorganisiert.

In Sennberg setzte am Anfang dieses Jahres eine rege Agitation ein, um durch eine Stärkung der Organisation auch endlich die Arbeitsverhältnisse etwas aufzubessern. Das ist denn erscheinungsweise auch gelungen.

In Cham hat jetzt das Bezirksamt versucht, im Streit der Säger und Spulenarbeiter Verhandlungen einzubringen, doch sind dessen Bemühungen am Widerstande der Unternehmer gescheitert.

lange auf Ersatz warten. Es wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 60 auf 59 Stunden und eine Lohnerhöhung von 3 Pf. sofort und 1 Pf. ab 1. Juli 1914 erreicht.

In Chemar legten am 9. August, nachdem alle Einigungsversuche gescheitert waren, bei der Firma Klubscheid die Kollegen infolge von Lohnabhängigen die Arbeit nieder.

In Waldenburg in Schlessen ist es trotz der ungünstigen Konjunktur gelungen, zum 1. Juli unseren mit den Meistern des ganzen Kreises abgeschlossenen Vertrag derart zu erneuern, daß in den nächsten zwei Jahren Lohnerhöhungen von je 2 Pf. die Stunde eintreten und in allen Betrieben wo die Arbeitszeit noch über 57 Stunden betrug, sie auf diese Dauer herabgesetzt wird.

Aus der Holzindustrie.

Die ausländischen Arbeiter in der deutschen Holzindustrie.

Die Ausländer haben zwar im deutschen Holzgewerbe nicht jene Bedeutung gewonnen wie in einigen Berufen mit vorwiegend ungelerten Arbeitern, immerhin kommen sie in einzelnen, vor allen den Grenzgebieten in recht erheblicher Weise in Betracht.

Die Ausländer verteilen sich in der Holzindustrie ziemlich gleichmäßig auf gelernte und ungelerte Arbeiter. Auf 403 315 im Deutschen Reich geborene männliche Arbeiter in gelehrter Stellung kommen 12 204 Ausländer, in den ungelerten Stellungen aber auf 113 653 Deutsche 3377 Ausländer.

Von den Erwerbstatigen der Holzindustrie sind geboren in Oesterreich 11 352 Personen, Ungarn einschließlich Kroatien 788, Bosnien-herzegowina 5, in der Schweiz 982, in Italien 682, Frankreich 449, Luxemburg 160, Belgien 181, den Niederlanden 1612, Großbritannien 77, Dänemark 836, Schweden 288, Norwegen 63 und Rußland 1418.

Die gleiche Erscheinung beobachten wir auch bei den alljährlichen Zuwanderungen aus dem Auslande, die in der Zahl der Uebertritte aus ausländischen Verbänden zu den unserem ihren Ausdruck finden.

Von den beiden letzten Jahren brachte 1911 dem Verband insgesamt 1085, 1912 aber nur 942 Mitglieder aus ausländischen Verbänden.

schäftsweise im Bäder- und Konditorgewerbe und in der Schokoladen-, Zucker- und Keksindustrie auf den Plan, dessen Schöpfung einem Beschlusse diesesjährigen Verbandstages entspricht.

Die Zeitschrift "Technik und Wirtschaftswesen" ist bereits die dritte derartige Neugründung in diesem Jahre.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband hat im letzten Jahre wieder einen recht erfreulichen Aufschwung genommen.

Die Zeitschrift "Technik und Wirtschaftswesen" ist bereits die dritte derartige Neugründung in diesem Jahre.

Soziale Rechtspflege.

Wann ist die Kündigung eines Tarifvertrages rechtswirksam?

Diese für die Gewerkschaftsbewegung wichtige Frage wurde am 4. August vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts München als Tarifamt prinzipiell entschieden.

Der zwischen dem Bayerischen Arbeitgeber-Verband für das Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband am 12. September 1910 abgeschlossene und am 15. September 1910 in Kraft getretene Tarifvertrag wurde am 14. Juni von Transportarbeiter-Verband gekündigt.

Die Lehre aus diesem Schiedsspruch ist, daß es nicht genügt, wenn man Verträge kündigt, daß man an dem Ablauftag der Kündigung das Kündigungsschreiben absendet.

Technisches.

Das Fachblatt für Holzarbeiter behandelt in seinem Augustheft einleitend den Warm- und seine Verwendung in der modernen Raum- und Wohnungskunst.

Das "Fachblatt der Holzarbeiter" ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren.

Eingefandt.

Zur Frage der Gummidrechslerkonferenz.

In dem Zustandekommen einer Gummidrechslerkonferenz haben auch die Berliner Kollegen ein lebhaftes Interesse. Hier herrscht eine Organisationszersplitterung.

verlangen Wanne, in einer Verwaltungsitzung des Metallarbeiter-Verbandes Beschwerde zu führen. Gewiß ist dies verständlich, doch handelte es sich um eine rein berufliche Angelegenheit.

S. Liebing, Berlin.

Literarisches.

Die nachbenannten Werte können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Klassenjustiz von Erich Kuttiner. Preis 1 Mk. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Wie sehe ich meine Kommas und die anderen Satzzeichen? Für jeden Schüler, jeden Lehrer, jeden, der schreiben muß.

Briefkasten.

Osterburg und andere. Nachrichten, die hier am Dienstag mittag einlaufen, vernähmen wir, trotz besten Willens, nicht in die am Dienstag früh in Druck gegebene Zeitungsnummer der laufenden Woche aufzunehmen.

Arbeitslosigkeit im Monat Juli 1913.

Table with columns: Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten (Arbeitslose am Orte, Arbeitslose auf der Reise).

Aus nachstehend angeführten Zahlen wurde ein Bericht nicht eingefandt Gumbinnen, Königs, Marienwerder, Osterode, Soppot, Barth, Herrnburg, Rasewal, St. Elisa, Hennigsdorf, Stolpen, Schleusingen, Auerbach, Grammby, Saarebeel-Hersfeld-Castrop, Hattungen, Gerner, Hferlohn, M.-Gladbach, Siegen, Watterscheid, Frankenthal, Lambrecht, Zweibrücken-Markt-Redwig-Kirchseeon-Ebingen, Langenbrücken, Ludwigsburg, Nagold, Neustadt (Schwarzwald).

Table comparing unemployment numbers for various months from 1908 to 1913, with columns for month and unemployment count.

